

Blickpunkt Europa

Europapolitisches Magazin

Ausgabe 28 | Juli 2019



Fraktion der Progressiven Allianz der
Sozialdemokraten
im Europäischen Parlament



Liebe Leserin, lieber Leser,

in der aktuellen Ausgabe meines Infomagazins möchte ich einen Rückblick auf die nun hinter uns liegende Europawahl und gleichzeitig den ersten Blick nach vorne, auf mein neues Mandat, werfen.

Dazu gehören Berichte / Stellungnahmen zu der viel diskutierten Seenotrettung und Asyl bzw. Migration sowie weitere Entwicklungen bei e-evidence – Verwendung digitaler Beweismittel im Strafrecht. Und in einem Kommentar spreche ich über die Notwendigkeit einer neuen „Kultur des Streitens“.

Und schließlich gibt es natürlich wieder einen Rückblick auf die vielfältigen Termine und Gespräche. Trotz spannender Termine in Berlin und NRW, insbesondere im Zusammenhang mit Datenschutz und Digitalisierung, konzentriere ich mich hier auf Termine in Südwestfalen.

Ich wünsche eine spannende Lektüre!

Herzliche Grüße, Ihre

Seenotrettung: Europäische Werte vor Gericht

Die EU soll wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zur Rechenschaft gezogen werden. So zumindest fordern es Menschenrechtsanwälte, die vor dem Internationalen Strafgerichtshof Klage eingereicht haben. Sie werfen der EU vor, für das Ertrinken und die Folter von unzähligen Menschen verantwortlich zu sein.

Tatsächlich treibt die Situation im Mittelmeer und in Nordafrika Schutzbedürftige zu verzweifelten Entscheidungen. Seit die Mittelmeer-Mission Sophia Schiffbrüchige nicht mehr rettet, und die Situation in Libyen mit Beginn des Bürgerkriegs dramatische Formen angenommen hat, wird eine bereits unerträgliche Lage weiter verschlimmert.

Das Seenotrettungs-Vakuum und die Abschottungspolitik mancher Mitgliedstaaten führen dazu, dass unsere europäischen und auch christlichen Werte zusammen mit Schiffbrüchigen im Mittelmeer ertrinken. Und diejenigen, die sich freiwillig unserer Verantwortung stellen, indem sie sich für Menschenrechte einsetzen und Menschenleben retten, werden von Salvini und seinen rechtsnationalen Kollegen kriminalisiert.

Dafür, dass diese inakzeptable Entwicklung ein baldiges Ende findet, werden sich meine sozialdemokratische Fraktion und ich weiterhin einsetzen. Alle Mitgliedstaaten müssen ihren Beitrag für eine europäische Seenotrettung leisten, auch mit Aufnahme von Menschen. Es braucht zudem finanzielle, technische und personelle Unter-



stützung, um eine Seenotrettungsmission ins Leben zu rufen, die ihren Namen verdient und unseren Werten gerecht wird.

Auch die Kriminalisierung von privaten Hilfsorganisationen muss beendet werden und gerettete Menschen unmittelbar an einen sicheren Ort ausgeschifft werden, um internationales Recht umzusetzen.

Dessen ungeachtet müssen wir uns stärker für wirtschaftliche und demokratische Entwicklung in den Herkunftsländern einsetzen. Klare Regeln für legale Arbeitsmigration sind ebenso notwendig, wie menschenwürdige Rückführung von Menschen ohne Bleiberecht.

Menschenrechte und humanitäre Hilfe bleiben weiterhin eine sozialdemokratische Priorität. Eine EU, die sich auf Solidarität und Menschenrechte gründet, darf Menschen nicht ertrinken lassen und muss helfen, Fluchtursachen durch Stärkung der Herkunftsländer zu beseitigen.

„Elektronische Beweismittel – Europäisches Parlament wird nicht einknicken!“

„Elektronische Beweismittel“ – kurz e-evidence – spielen eine immer wichtigere Rolle. Denn Straftäter nutzen zunehmend auch das World Wide Web für ihre Taten und hinterlassen dabei elektronische Spuren. Das Problem: Da Online-Dienste überall in der Welt bereitgestellt werden, ist es für die Ermittler oft aufwendig, die für die Ermittlungen notwendigen Daten zu bekommen. So müssten beispielsweise deutsche Behörden mögliche elektronische Beweise in Verbindung mit einem Facebook-Profil von den irischen Behörden erfragen, da Facebook seinen Sitz in Irland hat. Am Ende dieses oft langwierigen Prozesses könnten die Daten bereits gelöscht sein; noch komplizierter wird es, wenn die Daten außerhalb der EU gespeichert sind. Freiwillige direkte Kooperationen der Ermittlungsbehörden mit den Service Providern brauchen klare Regeln, bieten aufgrund der mangelnden Transparenz weniger Rechtsschutz. Grund genug für die Europäische Kommission im April 2018 einen Verordnungsvorschlag über „Herausgabeanordnungen und Sicherungsanordnungen für elektronische Beweismittel in Strafsachen“ vorzulegen: Künftig würden die deutschen Strafverfolgungsbehörden so das irische Unternehmen Facebook direkt auffordern können, die gesuchten Daten zu sichern oder auszuliefern – und zwar unabhängig von

der Zustimmung der irischen Behörden und unabhängig davon, ob der eigentliche Provider außerhalb der EU sitzt oder die Daten außerhalb der EU gespeichert sind.

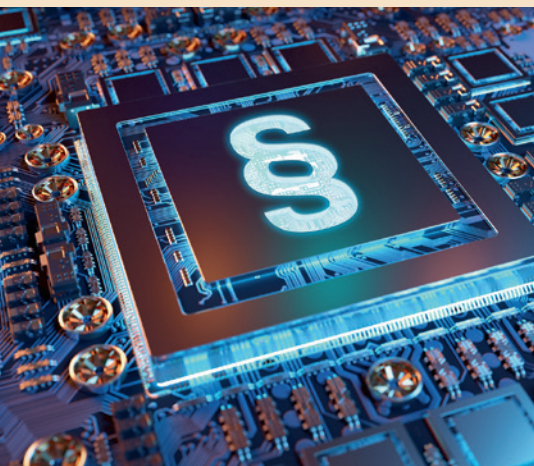
Was zunächst sinnvoll klingt, birgt auch viele Risiken. So gibt es noch immer erhebliche Unterschiede im Strafrecht der Mitgliedstaaten, unter anderem bei der Frage, was überhaupt eine Straftat ist: Durch die von der Kommission vorgeschlagene fehlende Beteiligung der Behörden im Mitgliedstaat, dessen Service Provider zur Datenherausgabe aufgefordert wird, könnten dortige Provider gezwungen sein, Daten zu liefern, obwohl die Tat dort keine Straftat ist. Dies untergräbt essenzielle Grundrechte! Auch mit Blick auf Verfahrensrechte, Privatsphäre und Datenschutz gibt es massive Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Verordnungsvorschlags. Deswegen habe ich mich als parlamentarische Verhandlungsführerin, gemeinsam mit meinen Kolleg_innen der anderen Fraktionen, entschieden, das Dossier – anders als der Rat – nicht im Eilverfahren vor dem Ende der Legislaturperiode 2014-2019 durchzupeitschen, sondern es gründlich zu prüfen. Zahlreiche Grundrechte- und Datenschutzexperten, Service Provider und mehrere Mitgliedstaaten im Rat (u.a. Deutschland) haben unsere Entscheidung unterstützt. Selbst eine Reihe von Staatsanwälten meldeten Änderungsbedarf am Verordnungsvorschlag an.

Der Kommission und einer Reihe von Mitgliedstaaten scheint unser Beharren auf grundrechtlichen Prinzipien aber ein Dorn im Auge zu sein. Getreu dem Motto „Wenn das Europäische Parlament nicht will, wie wir wollen, machen wir eben noch mehr Druck!“ haben die EU-Justizminister Anfang Juni der Kommission zwei Mandate erteilt: Einerseits soll die Kommission im Namen der EU ein Abkommen mit den Vereinigten Staaten über einen leichteren Zugang zu elektronischen Beweismitteln aushandeln. Andererseits

soll sie an der Reform des sogenannten Budapest Übereinkommens, einem internationalen Übereinkommen über Computerkriminalität, teilnehmen, um künftig eine direkte Zusammenarbeit mit Dienstleistern in anderen Vertragsstaaten des Abkommens (63 Länder, darunter 26 EU-Mitgliedstaaten, aber auch u.a. die USA, Russland und die Türkei) zu ermöglichen.

Offiziell heißt es von Seiten des Rats und der EU-Kommission, man werde bei beiden Übereinkommen „strikte Garantien für den Schutz der Grundrechte“ anwenden. Dabei zeigt bereits der Blick in den Kommissionsvorschlag zu einer EU-internen Regelung zur Herausgabe von e-evidence, bzw. die vom Rat verabschiedete Position zu diesem Text, wie Kommission und Rat leichtfertig Grundrechte auf Kosten von Schnelligkeit unter den Tisch fallen lassen. Und diese Bedenken werden sicher nicht kleiner, wenn es um mögliche strafrechtliche Kooperationen mit Ländern wie den USA, Russland oder der Türkei geht. Zudem heißt es, dass „die Übereinkünfte mit den EU-Vorschriften über den Zugang zu elektronischen Beweismitteln, über die derzeit beraten wird, vereinbar sein müssen.“ Wer’s glaubt! Ich habe vielmehr den Eindruck, dass Kommission und Rat Nägel mit Köpfen machen und uns als EU-Parlament diktieren wollen, wie eine mögliche EU-e-evidence-Verordnung aussehen soll.

Für mich ist klar: Wir lassen uns – weder vom Rat der EU, noch von der Kommission oder irgendjemand Anderem – Fesseln anlegen. Als EU-Parlament haben wir uns mit gutem Grund, ja mit vielen guten Gründen, mehr Prüfzeit genommen und werden diese nutzen. Damit am Ende ein neues Instrument zur Herausgabe elektronischer Beweismittel geschaffen wird, was mehr Schnelligkeit bringt, aber auch einem möglichen Grundrechte-Check des Europäischen Gerichtshofs in Luxemburg standhält.





Wir müssen wieder streiten lernen!

Europa hat gewählt. Und das Ergebnis ist gerade auch für die SPD eine Katastrophe. Trotz eines engagierten Wahlkampfs und des unermüdlichen Einsatzes vieler Mitstreiterinnen und Mitstreiter vor Ort konnten wir die Menschen mit unseren Positionen offenbar nicht erreichen. Darüber hinaus hinterlassen die Zugewinne einer Reihe rechtskonservativer oder sogar offen rechtsextremer Parteien, die mit Populismus, Lügen und Mythen agieren und teils offen ein Ende der EU und die Rückkehr zum Nationalstaat propagieren, einen bitteren Nachgeschmack und machen die Arbeit des Europäischen Parlaments in der neuen Legislaturperiode sicher nicht einfacher.

Warum bekommen wir solche Wahlergebnisse? Eine häufige Erklärung lautet: Weil diese Parteien mit ihren simplen Parolen scheinbar einfache Antworten und Orientierung bieten, in Zeiten, in denen sich die weltweiten Herausforderungen zu überschlagen scheinen. Im Umkehrschluss bedeutet das aber auch, dass demokratische Parteien – und insbesondere eben die SPD – nicht mehr in der Lage sind, Orientierung zu bieten und glaubwürdige Vertreterinnen der Interessen aller zu sein.

Was bedeutet das für die Zukunft der SPD und die Arbeit als Europaabgeordnete? Köpfe austauschen reicht nicht, trendigen Themen hinterherzurennen auch nicht. Ich will nicht falsch verstanden werden:

Umwelt- und Klimaschutz sind wichtig und schon lange auch ein sozialdemokratisches Thema. Doch offenbar ist dieses Engagement, wie bei vielen anderen Themen, nicht angekommen. Mir zeigt all dies vor allem eins: Wir müssen wieder lernen, zu streiten. Damit meine ich, frühzeitig und über alle Ebenen hinweg zuzuhören und die verschiedenen Positionen zu diskutieren – hart in der Sache, aber fair im Ton. Wir müssen dann aber auch klare Partei-Beschlüsse fassen und diese anschließend über alle Ebenen hinweg kommunizieren und vertreten. Sozialdemokratie im Interesse der Menschen wieder sichtbar und wählbar machen. Der Aufwand lohnt sich: Denn die Werte der Sozialdemokratie werden dringend gebraucht!

Und auch „Europa“ muss stärker Teil unserer Diskussionen vor Ort werden. Denn die gestiegene Wahlbeteiligung zeigt auch: Es besteht Interesse an Europa! Es reicht nicht, erst kurz vor den Europawahlen wieder auf das Thema Europa zu kommen. Europäische Politik beeinflusst uns alle, jeden Tag. Dennoch wird viel zu wenig darüber geredet und wenn, allzu oft nur aus der rein nationalen Perspektive. Nur wenn wir auch die Positionen anderer Mitgliedstaaten oder Regionen erfahren, auch die Vertreterinnen und Vertreter in Brüssel zu Wort kommen lassen und viel mehr als bisher Debatten zu EU-Politik auf allen Ebenen führen, können wir informiert gemeinsame Wege und

Lösungen für uns alle in der EU diskutieren und dann auch umsetzen.

Dafür müssen wir auch neue kreative Formen der Auseinandersetzung wagen. Die Europäische Bürgerinitiative, ebenso wie Bürgerbegehren, sind zwar ein guter Ansatz, aber kein Ersatz für öffentliche Diskussionen. Bei vielen Bürgerdialogen zur EU trifft man zudem oft auf bereits politisch interessierte, tendenziell pro-europäische Menschen, während ein erheblicher Teil unserer Gesellschaft solchen Foren fernbleibt. Die besondere Herausforderung besteht daher gerade darin, diejenigen neu zu beteiligen, die sich nicht mehr (ausreichend) als Teil der Gesellschaft sehen. Bürger-Dialoge müssen viel regelmäßiger stattfinden, auch an ungewöhnlichen Orten und gern auch häufiger (aber niemals ausschließlich) digital. Zudem müssen die öffentlichen Debatten mehr Verbindlichkeit bieten: Wo Ideen gesammelt werden, braucht es nachfolgende Informationen, was genau warum mit diesen Ideen geschehen ist.

Daher: Schluss mit dem Schon-Waschgang! Ob in den Ausschüssen der Parlamente, ob in den Print-, Rundfunk- und sozialen Medien, ob analog oder digital, aber vor allem auch direkt vor Ort: Lasst uns wieder mehr streiten – mehr über Europa diskutieren! Und dann lasst uns unsere Beschlüsse wieder klar kommunizieren und gemeinsam auf allen Ebenen vertreten!

Termine vor Ort in NRW

Über 200 Termine an unterschiedlichsten Orten und viele Tausend Kilometer Fahrstrecke – das ist die Bilanz der ersten fünf Monate dieses Jahres – neben meiner parlamentarischen Arbeit in Brüssel und Straßburg. Dabei konnte ich mit Vereinen und Verbänden, Kirchen, Schulen, Organisationen, Betrieben, meiner Partei und vielen Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch kommen. Rund die Hälfte der Termine fiel in die „heiße“ Wahlkampfphase – also zwischen Mitte April und Ende Mai.

Auch bei vielen Infoständen in ganz Südwestfalen konnte ich dank Unterstützung vieler Mitglieder mit vielen Menschen über meine Positionen und Ziele für das zukünftige Europa sprechen. So u.a. in Werl (siehe Bild), Lippstadt, Hagen, Arnsberg, Marsberg, Drolshagen, Lennestadt, Werdohl, Hemer, Siegen oder Kreuztal.

Die Arbeitsgemeinschaften der SPD haben den Wahlkampf ebenfalls aktiv mitgestaltet. Die AG MuV (Migration und Vielfalt) in Soest organisierte z. B. gemeinsam mit der SGK und den Jusos eine offene Diskussionsveranstaltung und die Jusos Sundern ein Europafrühstück. In Wickede hat die örtliche AG 6oplus gemeinsam mit dem Ortsverein ihr 25jähriges Bestehen im Rahmen eines „Europa-Nachmittags“ gefeiert.

Bei mehreren Veranstaltungen zeigte sich, dass insbesondere Jugendlichen und junge Erwachsene ein großes Interesse

an europäischer Politik haben – so z. B. bei einer SPD-Veranstaltung für JungwählerInnen im AWO-Kulturhof in Hagen-Ernst unter dem Motto „Wie soll Euer Europa sein?“. Bei einer Veranstaltung des StadtJugendrings e.V. in Lüdenscheid diskutierte ich mit Jugendlichen im Rahmen der Veranstaltung „Vernetzt!?! – Europa-Talk im Wohnzimmer“ u. a. zu Brexit, Flüchtlingskrise und „Artikel 13“ – Uploadfilter der Richtlinie zum Urheberrecht. Schulbesuche haben für mich immer einen sehr hohen Stellenwert. Und so diskutierte ich zu verschiedensten europäischen Themen und der Bedeutung hoher Wahlbeteiligung u. a. mit SchülerInnen der St. Walburga-Realschule in Meschede, des Gertrud-Bäumer-Berufskollegs in Plettenberg, des Berufskollegs in Olpe und des CUNO-Berufskolleg in Hagen,

der Gesamtschule Brakel, der Marienschule in Lippstadt sowie des Ursulinen-gymnasiums in Werl.

Die Stärkung des Europäischen Zusammenhalts hat auch bei Gewerkschaften und sozialen Verbänden einen hohen Wert. Die Veranstaltungen zum 1. Mai standen unter dem Motto „Europa – jetzt aber richtig“ und die Caritas organisierte deutschlandweit eine Kampagne zur Europawahl „care4EU“, u.a. mit einem Termin im Seniorenhaus St. Anna in Arnsberg.

Alle Gespräche, Veranstaltungen und Infostände wären eine Erwähnung wert, aus allen habe auch ich persönlich und für meine Arbeit etwas mitnehmen können. Aus Platzgründen muss ich mich jedoch auf eine kleine Auswahl beschränken.



Birgit Sippel mit WahlkampfhelferInnen am Infostand in Werl am 20.04.2019

Impressum

Verantwortlich: Birgit Sippel MdEP · Ulricherstraße 26 · 59494 Soest
Telefon: 02921 364738 · europa@birgit-sippel.de · www.birgitsippel.de
www.facebook.com/BirgitSippel · www.twitter.com/BirgitSippelMEP

Redaktion: Birgit Sippel MdEP / S&D-Fraktion im EP

Satz: ensemble»design, Soest/München

Fotos: Birgit Sippel MdEP · © Werner & Reinschke GbR ·
© Sea-Watch e.V. · © fotolia.de: sdecoret · © fotolia.de: kelly marten ·
© Timo Werner

